

, URL: <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/politik/art4306,565063>

20.07.2010

LEITARTIKEL - BILDUNGSPOLITIK: Kein Anlass zum Triumph

Auf derart massiven Widerstand gegen die geplante schwarz-grüne Schulreform war Ole von Beust nicht vorbereitet. Es habe ihn überrascht, sagte der Hamburger CDU-Bürgermeister in seinem letzten großen Zeitungsinterview vor dem Rücktritt, dass viele ohne jede Scheu sagen: Wir wollen nicht, dass unsere Kinder länger als notwendig mit Migrantenkindern zur Schule gehen. Und weiter: "Da tauchen, auch bei Bürgerlichen, unverhohlenen Ressentiments auf. Ich hätte damit in einer so weltoffenen Stadt nicht gerechnet."

In diesen Sätzen klingt viel von jener Resignation an, die von Beust zuletzt veranlasst hat, sich am Tag des Volksentscheids über die sechsjährige Primarschule zu verabschieden - noch bevor dessen Ausgang feststand. Auch in seiner Partei war er auf massive Vorbehalte gestoßen, die frühe Auslese in der 4. Klasse zu beenden und mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Von Beust, einst ein glühender Verfechter des dreigliedrigen Schulsystems, gehörte zu der seltenen Spezies der Politiker, die einmal gefasste Ansichten nicht ein Leben lang wie eine Monstranz vor sich hertragen. Ihn konnte man mit guten Argumenten überzeugen: Kinder brauchen Zeit, um ihr Potenzial zu entfalten, brauchen Förderung statt frühe Trennung, wenn soziale Herkunft nicht noch im 21. Jahrhundert über Bildungserfolg entscheiden soll.

Was hat die Reformgegner angetrieben? Es ist kein Zufall, dass besonders viele Eltern aus den wohlhabenden Gegenden am Elbufer wählen gingen, Eltern, die sich hinter dem Slogan versammelten: "Wir wollen lernen." Und, so möchte man hinzufügen, das bitteschön ungestört, unbehelligt von sozialen Realitäten in einer sich wandelnden Welt und stets mit dem Ziel, den eigenen Kindern alle Privilegien zu sichern, die sich hierzulande noch immer - ungehemmt oder hemmungslos? - vererben lassen.

Dass Bundesbildungsministerin Annette Schavan nun freudig resümiert, das alles sei eine gute Nachricht für das Gymnasium und das Selbstbewusstsein der Bürger, lässt tief blicken. Wird hier doch verraten, für wen Politik gemacht wird - und für wen nicht. Mit welchem Recht wird der Vorwurf der Ideologie stets von den Befürwortern des Sortierens zehnjähriger Kinder erhoben? Ist es nicht eher eine ganz spezielle Weltanschauung, die solches gutheißt? Zunehmend gewinnt man den Eindruck, dass die viel zitierte Spaltung der Gesellschaft von Teilen der Politik befördert wird. Weil man sich nicht zuständig fühlt für "die da unten", ohne zu bedenken, wie viel Sprengsatz das birgt.

Die Gegner der sechsjährigen Grundschule sollten nicht zu sehr triumphieren - auch im Südwesten nicht. Gewiss erschwert das Ergebnis des Volksentscheids das Vorhaben, im skurrilen deutschen Schulföderalismus zu mehr Chancengerechtigkeit zu kommen. Bundesweit aber gibt es unter den Eltern längst eine Mehrheit für längeres gemeinsames Lernen, das belegen Umfragen. Auch das Gros der Bildungsforscher weiß: Starke Schüler werden dadurch, dass sie zwei Jahre später aufs Gymnasium kommen, nicht ausgebremst, sondern durch ihre Vorbildfunktion sogar gestärkt.

Die Erfahrungen in Hamburg könnten zu der Schlussfolgerung verleiten, Schwarz-Grün taue nicht als Regierungsmodell. Das freilich ist ein Irrtum, zumal sich die Parteispitzen in der Hansestadt über die Ziele ihrer Bildungspolitik im Großen und Ganzen einig waren. Wer nicht mitgehen wollte, waren elitäre CDU- und FDP-Wähler.

Doch die Union ist lernfähig, das hat sie in den vergangenen Jahren etwa in der Familienpolitik

bewiesen. Deshalb muss die Hoffnung, dass es zumindest in städtisch geprägten Gegenden auch künftig Schnittmengen zwischen Schwarz und Grün geben wird, nicht begraben werden. ANTJE BERG

Copyright by SÜDWEST PRESSE Online-Dienste GmbH - Frauenstrasse 77 - 89073 Ulm

Alle Rechte vorbehalten.
Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung/td>
